Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 13. März, 1912. | No. 20.

Vom Provinzial-Parlament

Die vergangene Woche hat das der Gesetzgebenden Versammlung der Provinz Saskatchewan zur Beratung vorliegende Programm seiner Vollendung um ein erhebliches näher gebracht, trotzdem die Opposition sich alle mögliche Mühe gab, durch lange, meist zwecklose Debatten und durch Einbringung aller möglicher Abänderungs-Anträge zu den vorliegenden Gesetzes-Entwürfen den Gang der Geschäfte zu verzögern. Manches Neue und manches Ueberraschende wurde durch die Debatten und namentlich durch die Vorlage des Budgets zu Tage gefördert, und das Ergebnis dieser Tagung des Provinz-Parlaments wird für die Bewohner Saskatchewans von dauerndem Werte sein, und die Scott Regierung wird damit einen erneuten Beweis ihrer Umsicht und Fürsorge für das Wohl unserer Provinz abgelegt haben.

Eisenbahn-Garantie Debatte.

Die Verhandlungen am Dienstag und Mittwoch wurden fast gänzlich durch die Weiterberatung der Eisenbahn-Garantie-Gesetze ausgefüllt, welche endgültig zur Annahme kamen, mit Ausnahme der Vorlage zur Garantie der Bonds für die G. T. P. Branch Lines Co.; diese letztere Vorlage wurde zur weiteren Beratung an das Kognite zurückverwiesen und wird erst in einigen Tagen erledigt werden.

In langatmiger, an Widersprüchen reicher Rede kritisierte der Führer der Opposition, Hon. F. W. G. Haultain, nochmals die Regierung dafür, daß sie unterlassen habe, in ihren Abmachungen mit den Eisenbahn-Gesellschaften eine Kontrolle der Passagier- und Fracht-Raten einzuschalten; er wies auf die Provinzen Ontario, Manitoba und British Columbia als Beispiele für die Möglichkeit und Ersprießlichkeit solcher Kontrolle hin, deren Regierungen, wie er sagte, weitsichtig genug gewesen seien, den Bahngesellschaften nur gegen das Zugeständnis einer solchen Kontrolle die finanzielle Unterstützung der Bond-Garantie gewährt hatten. Die Regierung Saskatchewans habe sich die Gelegenheit, eine solche Kontrolle zu erlangen, entschlüpfen lassen.

Bezüglich der schwierigen Lage, in welcher sich unsere Farmer durch die Getreide-Blockade befinden, weist der Oppositions-Führer auf die geplante Hudson Bay Bahn hin und auf den seiner Vollendung entgegengehenden Panama-Kanal und die dadurch ermöglichte Ablenkung eines Teils unseres Getreidetransports nach Osten.

Der Landwirtschaftsminister Hon. Wm. R. Motherwell weist nach, daß Herr Haultain sich in seinem Eifer, Anklagen gegen die Regierung zu erheben, zu erheblichen Widersprüchen in seinen Auslassungen hat verleiten lassen; Haultain selbst, und mit ihm alle seine Anhänger im Hause, habe durch seine Abstimmung zu Gunsten der Resolution am 29. Februar dem Grundsatz Ausdruck und Anerkennung verliehen, daß die Kontrolle der Raten der Gerichtsbarkeit der Dominion-Eisenbahn-Kommission, und damit der Dominion-Regierung unterstellt ist. Und hätten denn, die genannten Provinzen (Ontario, Manitoba und British Columbia) durch ihre in den Verträgen vorgesehene Kontrolle auch tatsächlich einen solchen Einfluß auf die Raten der Bahnen? Für Manitoba sei zum mindesten schon durch das Schreiben des Hon. Herrn Premier Roblin bewiesen, daß die Raten, soweit jene Provinz in Betracht kommt, nur der Kontrolle der Dominion-Kommission unterstehen. Herr Haultain habe auch versäumt, des unseren Farmern durch das Bestreben seiner Partei verschlossenen Auslasses nach Süden Erwähnung zu tun, der uns sofort offen gestanden hätte, und nicht erst in drei oder vier Jahren, wie der Panama-Kanal und der Hudson Bay Auslaß, wenn nicht Herr Haultain und seine politischen Freunde gegen die Annahme des diesen Auslaß eröffnenden Vertrages gekämpft hätten.

Was den Vorwurf des Herrn Haultain und seiner Freunde anbelangt, daß die Scott Regierung nicht ihr Versprechen bezüglich des Zweigbahn-Programms erfüllt habe, so sei derselbe völlig unbegründet. Der Bau von Zweigbahnen, der vor dem Jahre 1908 völlig zum Stillstand gekommen wäre, sei seit der durch die Regierung in's Leben gerufenen Subsidiations-Garantie in nie geahnter Weise belebt worden und habe im letzten Jahre nicht nur die Tätigkeit im Bahnbau in allen anderen Provinzen des Dominions, sondern im ganzen Britischen Reiche überflügelt.

Dr. Elliott (Moose Mountain) wiederholte dann so ziemlich, mit kleinen Variationen, nochmals die schon vom konservativen Führer vorgebrachten Vorwürfe, ohne jedoch mit seinen Ausführungen mehr Glück zu haben, als sein Parteileiter. Auch er behauptet, daß die Scott-Regierung ihr, wie er sagt nur als ein Wahlmanöver, ausgegebenes Versprechen, wie es in dem Zweigbahn-Programm von 1908 niedergelegt war, gebrochen habe: Es seien nach dem Programm der Regierung seitens der Provinz Zinsgarantien für 1655 Meilen von Zweigbahnen bewilligt worden, von denen jedoch nur 42 Prozent fertiggestellt seien, während 31 Prozent nicht über die Vermessung hinaus gediehen seien. Auch das Versprechen der Hudsons Bay Eisenbahn sei nur zu mZweck von Stimmenfang gegeben worden, und es sei der Regierung der Provinz nicht ernst damit gewesen, auf den Bau dieser Bahn bei der Dominion-Regierung hinzuwirken.

Hon. Turgeon (Attornen-General), der nächste Redner auf der Seite der Regierung, weist in äußerst klarer Weise die völlige Haltlosigkeit der von den Oppositions-Rednern vorgebrachten Kritik nach. Die Hudson Bay Bahn sei sicherlich von der Regierung gewünscht und verlangt worden, und habe dieselbe keinen Schritt unterlassen, der zur Verwirklichung dieses Planes hätte helfen können; allerdings habe die Regierung und ihre Anhänger den Bau dieser Bahn als ein Unternehmen seitens der Dominions gewünscht, während die Opposition den Bau den drei Prärieprovinzen hatte überlassen wollen. Nachdem sich die Unausführlichkeit eines solchen Planes klar herausgestellt hatte, habe Herr Haultain 1906 jene Resolution unterstützt, laut welcher der Bau der Bahn durch die Dominion-Regierung gefordert wurde. Dann wieder, am 25. August 1909 habe er (Haultain), laut einem im Montreal Star veröffentlichten Interview gesagt, daß er diesen Bahnbau den Provinzen überlassen sehen wünschte.

Herr Haultain leugnet, daß er dieses Interview gegeben und daß er überhaupt in der Zeit vom Juni 1905 bis zum Oktober 1909 östlich von Winnipeg gewesen sei.

Hon. Turgeon weist darauf hin, daß diese Behauptung mit dem im Montreal Star veröffentlichten Interview im Widerspruch stehe, in welchem deutlich gesagt wird, daß Herr Haultain in Familien-Angelegenheiten in Montreal weilte. Die Wahrheit dieser Zeitungsnachricht ist worden nie in Zweifel gezogen worden, und wurde auch nicht weiter von Herrn Haultain bestritten, der sich wohl seiner „Gedächtnisschwäche" in solchen Sachen bewußt sein dürfte.

In seiner Ausführung in Verteidigung des Standpunktes der Regierung legt Herr Haultain des Weiteren dar, daß British Columbia der C. N. R., außer einer Bond-Garantie von $35,000 pro Meile (gegen $13,000 pro Meile in Saskatchewan) noch freies Land, Holz, Kieß, einen zweidrittel Anteil an allen Stadtplänen der Stationen sowie gewisse Steuer-Freiheiten gewährte, wogegen sie das Recht erwarben, die Raten durch zwei Richter des obersten Gerichtshofes kontrollieren zu dürfen. Was sei nun wohl vorzuziehen: Eine Kontrolle seitens der Sachverständigen der Eisenbahn-Kommission oder die seitens zweier Richter? Antwort auf diese Frage giebt schon der Umstand, daß British Columbia, trotz seiner angeblichen Kontrolle seitens der Provinz sich zu einer Berufung in Angelegenheit der Frachtraten an die Eisenbahn-Kommission veranlaßt gesehen hat.

Wie steht es nun um die angebliche Kontrolle in Ontario? Diese Provinz habe der Eisenbahn eine Gabe von 2,000,000 Acker Land gegeben und habe im Austausch hierfür das Zugeständnis billiger Fahrpreise für Immigranten und Ansiedler und billigere Frachtraten für den Transport von Kieß erhalten! — Manitoba habe allerdings zur Zeit, als das Abkommen von 1901 abgeschlossen worden, eine Ermäßigung der Raten von 15 Prozent erwirkt, doch hat die Provinz eine dauernde Kontrolle der Raten? Wie denkt Premier Roblin über diese Frage? Sein Brief ist deutlicher Beweis. Er gesteht offen, daß die Kontrolle der Frachtraten eine Angelegenheit sei, die allein der Dominion-Regierung resp. der Eisenbahn-Kommission unterstehe.

Herr Haultain wisse anscheinlich nicht, wovon er redet; er sagte, daß, während die Garantie der Regierung für $13,000 per Meile laute, die Baukosten sich auf weniger als die Hälfte belaufen. Tatsächlich kommen die Baukosten bei allen Zweiglinien erheblich höher als $13,000 pro Meile zu stehen. — Die Regierung habe nach dem Programm von 1908 die Garantie der Zinsen für 1655 Meilen übernommen; von diesen seien heute einige 700 Meilen fertig und in Betrieb, während bei 470 Meilen der Unterbau fertig sei und nur auf die Schienen warte. Der Rest sei abgemessen und werde mit dem Bau baldigst begonnen werden.

Herr Wylie (Maple Creek) stellte die Behauptung auf, daß der südwestliche Teil der Provinz nicht genügend bei dem Ausbau der Zweiglinien berücksichtigt worden sei.

Hon. Calder erwiderte ihm, daß bis zum Jahre 1908 keine Meile Eisenbahn südlich von der C. P. R. Hauptlinie und westlich von der Soo Linie bestanden habe, während heute sechs verschiedene Linien in diesem Teil der Provinz im Bau begriffen seien.

Dr. Mitchell (Wenburn) trat äußerst energisch in Verteidigung der Regierung ein, die in ihrer Eisenbahnpolitik einen glänzenden Rekord zeigezeitellt habe. Während bis 1908 die Bewohner von Wenburn und der westlich und südwestlich davon liegenden Distrikte vergeblich die C. P. R. mit Gesuchen um den Bau einer Eisenbahn-Linie durch dieses Gebiet bestürmt hätten, habe diese Gesellschaft, nachdem die Bond-Garantie die Aufmerksamkeit der konkurrierenden Gesellschaften auf das Land west von der Soo Linie gelenkt hatte, plötzlich eine eifrige Tätigkeit nach dieser Richtung entwickelt, was unstreitig als ein Erfolg der Regierungs-Politik zu betrachten ist. — Wenn, wie Herr Haultain und seine Freunde behaupten, die Interessen des Volkes in British Columbia und in Manitoba durch ihre Regierungen so glänzend vertreten und geschützt sind, weshalb denn dann die Klagen von jenen Provinzen an die Eisenbahn-Kommission von Canada? — Manitoba habe keine Kontrolle der Raten. Während des letzten Jahres wurden in Manitoba Garantien für 160 Meilen genehmigt, ohne daß für dieselben eine Raten-Kontrolle in dem betreffenden Gesetz vorgesehen sei. Solang die Garantie an eine Gesellschaft, welche einen Dominion Freibrief hat, gewährt wird, sei eine Kontrolle der Raten seitens der Provinzen unmöglich; diese sei ausschließlich Sache der Eisenbahn-Kommission.

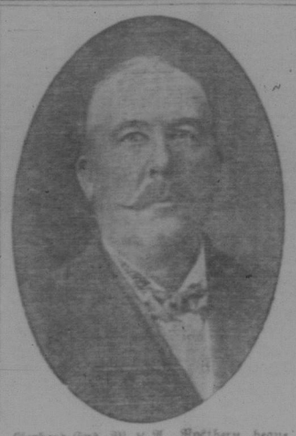
Was den südlichen Teil der Provinz Saskatchewan betrifft, so sei derselbe völlig einverstanden mit der Regierungs-Politik.

Ens' Hudson Bay Bahn Resolution.

Nachdem eine Resolution des Herrn Wylie, welche um ein Studium der Frage ersucht, wie für die Farmer der Provinz billigere Zinsraten auf Anleihen zu erlangen wären, und daß die Provinz-Regierung eventuell mit der Dominion-Regierung Hand in Hand arbeiten solle, mit einer von Herrn Langley beantragten Aenderung angenommen worden, ging das Haus zur Beratung einer von Herrn Gerh. Ens, dem Vertreter für Rosthern, eingebrachten Resolution über.

Herr Ens hatte bereits einige Tage vorher bewiesen, ein wie reges Interesse er an der Eisenbahn-Entwicklung der Provinz, und namentlich des von ihm vertretenen Wahlkreises nimmt, indem er eine Resolution eingebracht hatte, daß alle Papiere und Korrespondenzen bezüglich der C. N. R. Zweiglinie von Talmeny vorgelegt werden sollen, und daß die Regierung die Eisenbahn-Gesellschaft anhalten solle, den Ausbau dieser Linie, wie durch die Garantie der Regierung vorgesehen, schleunigst fortzuführen. Bei jener Gelegenheit hatte Hon. Calder, der stellvertretende Premierminister, die Mitteilung gemacht, daß die Talmeny Linie im Sommer dieses Jahres etwa 12 Meilen weiter, bis etwa zu einem jetzt als Carlton bekannten Punkte, ausgebaut werden würde. Die Gesamtlänge dieser Linie, die durch einen der fruchtbarsten Teile des nördlichen Saskatchewan gehen wird, werde damit auf etwa 40 Meilen gebracht; es sei die Absicht, diese Zweigbahn schließlich zu einer Verbindung mit der von Prince Albert nach Battleford zu laufender Linie zu erweitern, so daß der von ihr bediente Teil der Provinz schließlich eine direkte Verbindung mit der Hudson Bay Bahn erreichen würde, wenn diese Bahn gebaut ist.

Bezüglich der Hudson Bay Bahn erklärt die von Herrn Ens eingebrachte neugefaßte Resolution, daß die Gesetzgebende Versammlung sich zu Gunsten einer schleunigen Vollendung der Bahn ausspreche als ein Unternehmen des Dominions, und daß der Betrieb unter solchen Maßnahmen



Gerhard Ens, M. L. A., Rosthern, beantragte Hudson Bahn Resolution.

gescheben solle, die dem Volk von West-Canada volle Kontrolle über die zu erhebenden Raten zusichert. Außerdem spricht sich die Resolution zu Gunsten einer von der Regierung von Canada einzurichtenden oder kontrollierten Dampfschiffs-Verbindung zwischen dem Endpunkt der Bahn und Großbritannien aus.

Herr Ens führte seine Resolution durch eine sehr geschickte und wirksame Rede ein. Der Bau der Hudson Bay Linie, sagte Herr Ens, sei eine der wichtigsten Fragen, die dem Volke von West-Canada seit vielen Jahren vorgelegen habe. Eine Zeit lang während des vorigen Jahres hätten die Farmer des Westens geglaubt, daß sie für ihre Produkte einen Eingang zu dem Amerikanischen Markte erlangen würden. Diese Hoffnung sei zu Schanden geworden, und damit befänden wir uns einer äußerst schwierigen Lage gegenüber. West-Canada — und besonders Saskatchewan — braucht Ausfluß-Linien, und braucht sie gegenwärtig dringender als je zuvor.

Solange Sir Wilfrid Laurier am Ruder gewesen, habe die Opposition in Saskatchewan und die Tory Partei durch ganz Canada die Behauptung aufgestellt, daß die Regierung in Ottawa nicht beabsichtige, die Hudson Bay Bahn zu bauen. Und was sei passiert, nachdem Herr Borden und seine Partei an die Regierung gelangt worden? Die Aussicht auf Vollendung der Bahn sei heute ferner liegend als sie vor Jahren gewesen. Es sei in der Tat zweifelhaft, ob die Bahn jemals vollendet werden würde.

Es läge wenig Trost für den Farmer in Saskatchewan in dem „alternativen Vorschlag", welchen der Eisenbahn-Minister, Hon. Frank Cochrane, vor etwa einem Monat machte; nämlich den Eisen Bahn nach Fort Churchill, von dort per Schiff bis in den Nattawan Fluß, dann per Bahn durch Ost-Canada nach Montreal. Was bedeute das? Daß die eigentliche Hudson Bay Bahn niemals gebaut werden würde. Der Nattawan Fluß Plan mag dann helfen, Nord Ontario aufzuschließen und einen Teil von Quebec. Aber er könne dem Westen nicht so nützen, wie es die eigentliche Hudson Bay Linie tun würde, noch würde es der stets wachsenden Auslaß-Schwierigkeit Saskatchewan's Abhülfe verschaffen.

Bezüglich des uns verschlossenen Auslasses nach Süden versicherte Herr Ens der Opposition, daß Reziprozität weder begraben noch tot sei, sondern daß es sich in naher Zukunft als eine lebendige — und für sie sehr unangenehme — Frage zeigen würde.

Herr Lisle (Battleford) unterstützte die Resolution in würdiger und kräftiger Weise.

Hon. Motherwell beglückwünschte Herrn Ens wegen seiner klaren Darstellung der Frage. Der Vertreter für Rosthern sei, so glaube er, der erste Mann im öffentlichen Leben von Canada, der die Aufmerksamkeit der Nation auf Hon. Cochrane's „immer langsam voran" Politik und auf seinen „Alternativ Vorschlag" in diesem Lichte gelenkt habe. Dieser letztere sei ein äußerst schwächlicher Gedanke, den man sich einmal etwas näher ansehen solle. Die Entfernung von Regina nach Fort Churchill sei 780 Meilen, Churchill nach dem Nattawan Fluß 950 Meilen, Nattawan Fluß nach Montreal 450 Meilen; zusammen also von Regina auf diesem sonderbaren Wege sei es 2180 Meilen, also 400 Meilen länger als der jetzige Nordlandbahn nach Montreal. Selby Prime, Albert würde auf diesem Wege nicht näher zu Montreal gerückt.

Die Resolution des Herrn Ens, mit einigen unbedeutenden Aenderungen in der Form, wurde mit 18 Stimmen der Liberalen gegen 10 Stimmen der Konservativen angenommen, nachdem sich die Debatte bis beinahe 1 Uhr Nachts ausgedehnt hatte.

Zündstoff auf Kreta.

Die Gefahr, daß aus dem italienisch-türkischen Kriegsfeuerchen ein großer Brand wird, rückt in unmittelbare Nähe. Die Pariser Nachricht, daß infolge der wiederholten Angriffe von Christen gegen Mohammedaner auf der Insel Kreta die Schutzmächte ihre dortigen Seestreitkräfte verstärken werden, lautet ominös. Italien, das mit England, Frankreich und Rußland zu der Gruppe der Schutzmächte gehört, schließt sich von diesem Vorgehen zwar aus, weil es vom Beginn des Krieges mit der Türkei die Neutralität der Insel förmlich und feierlich anerkannt hat, aber die Gefahr wird dadurch um keinen Deut geringer.

Ein neues Aufflammen der kretischen Frage würde eine der verhängnisvollsten Folgeerscheinungen des italienisch-türkischen Konflikts sein. Weitere Komplikationen müßten zu einem Zusammenprall zwischen der Türkei und Griechenland führen, womit das seit Langem gefürchtete allgemeine Ungewitter auf dem Balkan elementar losbrechen würde. Die genannten vier Vertragsmächte sind die verantwortlichen Faktoren zwischen der Türkei und der Insel Kreta. In dem Augenblick, da die Türkei und Griechenland aneinander geraten würden, würde die Kretafrage einen internationalen Anstrich erhalten, welcher sämtliche Mächte angeht.

Kreta ist nur auf dem Papier ein türkischer Vasallenstaat. Die sogenannte provisorische Regierung, die im nächsten Monat ein Jahr alt wird, ist griechisch. Die Abgeordnetenkammer, welche seinerzeit die Angliederung der Insel an Griechenland proklamierte, ist aufgelöst. Aber die bevorstehenden Neuwahlen werden zweifellos wieder eine überwältigend griechische Mehrheit ergeben. Immerhin hat das griechische Parlament in Athen, in welchem die Kreter als regelrechte Abgeordnete Einlaß begehrten, aber solchen bisher nicht erlangen konnten, einen recht vernünftigen Standpunkt eingenommen und für seinen Teil durch Mehrheitsbeschluß erklärt, daß in dieser gewitterschwangeren Zeit die äußerste Zurückhaltung geboten sei.

Aber der zügellose Eifer der Christen, bezw. Griechen, auf Kreta mag alle Berechnungen über den Haufen werfen. Die Insel zählt nach dem Zensus, der im Juni 1911 beendet wurde, 307,812 Christen und 27,852 Mohammedaner. Die Letzteren sind also weit in der Minderzahl und den Angriffen der anderen gegenüber nahezu wehrlos. Aber eine Fortsetzung der erwähnten Attacken könnte dem mohammedanischen Fanatismus neue Nahrung geben und die Türkei direkt nötigen, Griechenland, das für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden würde, den Krieg zu erklären. Die Türkei erhielte dabei die Gelegenheit, ihre Wehrmacht zu Lande voll zu entfalten, was ihr gegenüber dem italienischen Gegner nicht möglich ist, und sich für den Verlust von Tripolis auf andere Weise schadlos zu halten zu suchen. Wie die Dinge liegen, ist die Gefahr einer Ausdehnung des italienisch-türkischen Krieges sehr dringend geworden. Die ernstlichen Bemühungen verschiedener Mächte um Anbahnung einer Verständigung zur Beilegung der Feindseligkeiten kommen deshalb sicherlich nicht zu früh.

Haultain Partei mißtraut Borden.

Daß Herr Haultain und sein Gefolge in der Saskatchewan Legislatur nicht daran glauben, daß Premier Borden sein auf seiner Agitations-Tour mehrfach gegebenes Wort, er werde den Prärie-Provinzen unbeschränkten Besitz ihrer Ländereien geben, einlösen werde, ist der einzig mögliche Schluß, welcher aus der Abstimmung dieser sonderbaren Heiligen am Donnerstag bei Gelegenheit der Debatte über eine zu gewährende Land-Stiftung für die Zwecke der Universität von Saskatchewan gezogen werden kann.

Dr. Elliott, der Vertreter für Moose Mountain, hatte eine Resolution eingebracht, in welcher auf die Notwendigkeit einer geeigneten Fundierung zum Zwecke des Ausbaues und des Unterhalts der Universität von Saskatchewan hingewiesen wird, und in welcher dann das Ersuchen an die Regierung in Ottawa ausgedrückt wird, zu diesem Zwecke gewisse Ländereien innerhalb der Provinz an die Provinzial-Regierung abzutreten. Eine ähnliche Resolution war 1909 einstimmig angenommen worden, jedoch in die jetzt von ihm vorgelegte hatte der ehrenwerte Doktor von

(Fortsetzung auf Seite 9.)

Neue Wahlkreise in Saskatchewan.

Die Saskatchewan Regierung legte am Sonnabend voriger Woche in der Legislatur eine Karte auf den Tisch des Hauses, welche die vorgeschlagene Neueinteilung der Wahlkreise veranschaulicht. Die Vorlage plant die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten zum Provinzial-Parlament von 41 auf 54, also um 13 Sitze. Obgleich die anwesenden Konservativen, die den Regierungs-Vorschlag in Augenschein nahmen, von der gerechten, unparteiischen Einteilung der neu zu bildenden oder veränderten Wahlkreise angenehm überrascht zu sein schienen, dürfte es nicht ausbleiben, daß bei der Debatte im Hause, und namentlich in der konservativen Presse, die bei solchen Anlässen einer Wahlkreis-Veränderung fast ausnahmslos erhobenen Beschuldigungen von unlauteren Motiven zum Zweck von Stimmenfang und Unterbindung des freien Ausdrucks der öffentlichen Meinung, sogenannten „Gerrymander", laut werden dürften. Eine Neueinteilung ist aber schon seit langer Zeit auf beiden Seiten des Hauses als eine durch den starken Anwachs der Bevölkerung unabwendbar gewordene Notwendigkeit anerkannt worden, und wenn auch vielleicht bei der Besprechung der Einzelheiten sich in wenigen Fällen Gründe zu einer geringen Aenderung des Regierungs-Vorschlages finden mögen, so ist doch der für diese Neueinteilung seitens der Regierung niedergelegte Grundsatz einer angemessenen Vertretung nach Maßgabe der Einwohnerzahl in allen Fällen nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Neben der Zahl der Einwohner ist in hervorragendem Maße der Umstand in Betracht gezogen worden, daß die Wahlkreise und ihre Zentralpunkte für alle wahlberechtigten Bewohner soweit dies die örtlichen Zustände irgend zulassen, leicht zugänglich seien.

Die älter besiedelten Wahlkreise sind im Allgemeinen unverändert gelassen worden, mit Ausnahme weniger kleiner, meist nur auf eine oder ein paar Townships beschränkte Abzweigungen, wo dies durch die Zugänglichkeit durch die neuen Eisenbahnverbindungen und die durch dieselbe geschaffene Interessengemeinschaft gewisser bisher zu verschiedenen Bezirken gehöriger Gegenden geboten erschien. Die Neueinteilung beschränkt sich daher fast ausschließlich auf die westlichen und nördlichen Teile der Provinz, wo die letzten Jahre durch die Eröffnung von neuen Besiedlungsdistrikten einschneidende Verschiebungen in der Bevölkerungs-Dichtigkeit gebracht haben.

Athabasca, bisher der bei weitem größte Wahlkreis mit seiner dünnen Bevölkerung, der fast die Hälfte der Provinz umfaßte und in vielen Teilen nur durch Canoe-, Hundeschlitten- und Schneeschuh-Reisen erreichbar war, ist durch eine von Nord nach Süd gehende Linie in zwei Bezirke geteilt, deren westlicher den alten Namen beibehält, während der östliche den Namen Cumberland tragen wird.

Der Stadtkreis Regina, ebenso wie die Stadtkreise Moose Jaw und Saskatoon, bleibt unverändert, während des bisherigen Wahlkreises von Regina County im Norden ein Teil des Wahlkreises Arm River angegliedert wird und der so vergrößerte Wahlkreis als Lumsden-Wahlkreis bekannt werden wird. Moose Jaw County wird in drei Kreise eingeteilt: Moose Jaw County, Thunder Creek und Willow Bunch; der letztere nimmt einen Teil des bisherigen Weyburn-Distrikts auf.

Unter der neuen Einteilung werden die beiden Wahlkreise von Swift Current und Maple Creek in fünf Bezirke eingeteilt werden; das heißt der südliche vom South-Saskatchewan River gelegene Teil derselben: Swift Current, Morse, Pinto Creek, Gull Lake und Maple Creek.

Kindersley und Rosetown werden sich aus Teile der bisherigen Kreise von Lloydminster, Battleford, Maple Creek und Swift Current (letztere beiden nördlich vom Fluß) zusammensetzen.

Lloydminster und Battleford sind weiter in ihrer bisherigen Größe beschnitten durch die Schaffung der neuen Wahlkreise von Kerrobert, Biggar, Tramping Lake und Delisle. Kinistino ist in zwei Kreise aufgeteilt: Kinistino und Melfort. Außerdem ist Quill Plains von Athabasca abgezweigt.

Duck Lake ist in den Rosthern-Distrikt aufgenommen, und Prince Albert wird in Zukunft das umliegende Land mit umfassen, während der bisherige Wahlkreis sich nur auf die Stadt beschränkte.

Wir werden auf die vorgeschlagene Neueinteilung bei Gelegenheit der Beratung über dieselben noch näher eingehen, wenn wir hoffen, unseren Lesern auch eine Karte der vorgeschlagenen neuen Wahlkreise bieten zu können, die für die heutige Ausgabe wegen der Kürze der Zeit nicht fertigzustellen möglich war, und welche auch vielleicht noch vor der endgültigen Annahme der Vorlage Veränderungen erfahren mag.

Die englischen Radau-weiber.

Trotz der kritischen Lage, die der allgemeine Kohlenstreik in England geschaffen hat, oder vielmehr gerade um die Verlegenheiten, in denen sich jetzt die englische Regierung befindet, auszunutzen, haben die Londoner Frauenrechtlerinnen, und zwar die vom Typ der „militant suffragists", ihre Gewaltakte wieder energisch aufgenommen. Die Polizeibehörde ist diesmal dieser Kampfmethode, durch Radau in den Straßen und durch Eigentumsschädigung, die völlig Unschuldige trifft, das Stimmrecht zu erzwingen, mit Gefängnisstrafen begegnet, was sie bisher, um keine Märtyrinnen zu schaffen, unterlassen hat. Eine Anzahl der Führerinnen im Streite sind wie Verbrecher angeklagt und unter die Anklage einer Verschwörung, durch die gewisse Personen zur Zerstörung von Eigentum veranlaßt wurden, gestellt, die ihnen unter Umständen eine mehrjährige Gefängnishaft bei schwerer Arbeit eintragen könnte. Die Regierung sah darin das letzte Mittel, London von dem Terrorismus zu befreien, unter dem es durch die Suffragetten geraten ist. Die Geschäftsleute haben sich genötigt, ihre Läden zu verbarrikadieren, die Banken und die öffentlichen Staatsgebäude und Museen müssen bewacht und die ganze Polizeimannschaft der Riesenstadt ist Tag und Nacht auf den Beinen, um den Gewaltakten der Frauenrechtlerinnen zu steuern. Die fanatischen Weiber lassen sich in die Zellen einsperren und proben, nach ihrer Freilassung neue Gegaltakte zu begehen, um endlich zum Ziel zu kommen. Und es ist in der Tat ein bemerkenswertes und auch ein eindrucksvolles Faktum, daß nicht nur die numerische Stärke der Suffragetten erstaunlich groß ist — nach Millionen, so sagen glaubwürdige Berichte, zählen sie —, sondern daß sie sich die Anhängerschaft aus allen Ständen und Rängen, aus allen Berufen und Klassen und aus allen Altersstufen zusammensetzt. Die Gräfin und die Arbeiterfrau, die Aerztin und das Fabrikmädchen, die Frau im „Mittelalter", die Greisin, die aus dieser Bewegung neue Lebenskraft schöpft, und das frische junge Blut, dem die Welt noch offen steht, sie finden sich auf diesem Felde gemeinsamen Strebens zusammen in gleicher Begeisterung und Hingabe.

Die Suffragetten beweisen, daß sie eine politische Macht sind, mit der zu rechnen ist. Bei jeder Neuwahl, die in den letzten Jahren stattfand, hat die Regierung die Opposition der Frauenrechtlerinnen sehr empfindlich gespürt. Das liberale Kabinett steht auch keineswegs geschlossen gegen das Frauenstimmrecht. Auch die Liberalen im Unterhaus nicht. Als Herr Asquith im Mai 1908 eben Minister geworden war, empfing er eine Deputation liberaler Mitglieder des Unterhauses, die für das Frauenstimmrecht eingenommen waren, und erklärte ihnen, es sei die Absicht der Regierung, eine Wahlreform durchzuführen. Seitdem sind nahezu vier Jahre verflossen, Mitglieder des liberalen Kabinetts, besonders Lloyd-George, haben jenes Versprechen öfters erneuert, aber die in Aussicht gestellte Wahlreform ist immer wieder geraten wegen der Uneinigkeit der Minister in der Frage des Frauenstimmrechts hinausgeschoben worden. Asquith selbst stemmt sich dem auf die Einbringung der Vorlage gerichteten Drängen seiner frauenrechtlerischen Kollegen immer kräftiger entgegen. Er warnt unermüdlich davor, das „gigantische Experiment" der Bewilligung des Frauenwahlrechts in England zu wagen, sein solcher „Mißgriff" müsse „verheerende Wirkungen" ausüben. Ebenso eindringlich empfiehlt Lloyd-George, es doch zu riskieren, der Mann würde eine Stimme bereuen, um eine Kamerdin zu gewinnen.

Asquith gilt bei den Suffragetten als ihr größter Gegner, und er war mehrere Male schon in Gefahr, von den fanatischen Weibern verprügelt zu werden.